

Öffentliche **Beschlussvorlage**

Vorlagen-Nr.:

V/0085/2006/1. Erg

Auskunft erteilt:

Frau Dr. Ringbeck

Ruf:

492 28 80

E-Mail:

aim@stadt-muenster.de

Datum:

17.03.2006

Betrifft

Stadtteilwerkstatt West - Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord
Kooperation des Amtes für Kinder, Jugendlichen und Familien, der Handwerkskammer Münster
und dem Jugendausbildungszentrum JAZ gGmbH

Beratungsfolge

22.03.2006	Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	Vorberatung
05.04.2006	Hauptausschuss	Vorberatung
05.04.2006	Rat	Entscheidung

Sachentscheidung:

1. Die Stadt Münster führt mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW Gespräche mit dem Ziel,
 - die Eingangsvoraussetzungen für das Werkstattjahr dahingehend zu erweitern, dass auch nicht mehr berufsschulpflichtige Jugendliche an diesen Maßnahmen teilnehmen können.
 - wie im Hearing vom 08.02.2006 im Landtag NRW von vielen Beteiligten gefordert, eine zusätzliche sozialpädagogische Betreuung im Werkstattjahr zu verankern.Die Verwaltung erstattet den Gremien über die Ergebnisse dieser Gespräche zeitnah Bericht.
2. Für den Fall, dass zum Sommer 2006 diese Veränderungen am Konzept des Werkstattjahres nicht umgesetzt werden, wird die Stadt Münster befristet ergänzende Maßnahmen selbst durchführen. Die Stadt Münster wird dazu entweder
 - einen Personalkostenzuschuss für sozialpädagogische Betreuung im Rahmen des Werkstattjahres zur Verfügung stellen oder alternativ
 - eine Stadtteilwerkstatt West als Zweigstelle der Stadtteilwerkstatt Nord einrichten.
3. Dafür werden - befristet bis 2008 - im Haushaltsjahr 2006 50.000 €, in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 jeweils 100.000 € in den Haushalt eingestellt und mit einem Sperrvermerk versehen. Nach einer genauen Analyse des Kreises der potenziell Unterstützungsberechtigten erfolgt eine Entsperrung auf Beschluss der Ausschüsse für Soziales und Arbeitsförderung und für Kinder, Jugendliche und Familien für den Fall, dass die unter 1. genannten Verhandlungen nicht erfolgreich sind.

Begründung:

Der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien beschloss am 08.03.2006, dem Rat die Annahme der Vorlage mit den oben aufgeführten Änderungen des Beschlusses, die den bisherigen Beschlusstext ersetzen, zu empfehlen.

I. V.

gez.

Dr. Agnes Klein
Stadträtin